



FOCUS vom 22.05.2021, Nr. 21, Seite 46 / KLIMAPOLITIK

Wirtschaft

Geld oder Leben. Die schwierigste Rechnung der Menschheit

Die Politik nimmt einen neuen Anlauf in der Klimapolitik. Deutschland setzt mit dem Klimaschutzgesetz Maßstäbe - aber noch ist unklar, wie genau wir die Ökowende schaffen sollen und wer am Ende die Rechnung begleicht



Aus der Erde in die Atmosphäre 40 Millionen Tonnen Kohle darf RWE bis 2038 pro Jahr im Tagebau Garzweiler II abbauen. Pro Tonne entsteht bei der Verstromung eine Tonne CO₂



Klimakiller Die Steamcracker der chemischen Industrie sind weltweit für 300 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr verantwortlich



Unentbehrlich, aber unbeliebt 2020 wurden weniger als 800 Windräder genehmigt. Nötig wären mindestens 2000 pro Jahr Fotos: Shutterstock, Paul Langrock/laif, Ingo Bartussek, dpa

Wenn's drauf ankommt, scheut EU-Vizekommissionspräsident Frans Timmermans kein Pathos. "Falls wir die Klimakrise nicht bewältigen", sagte er diese Woche nach einem Treffen mit dem US-Klimagesandten John Kerry, "werden unsere Enkel Kriege um Nahrung und Wasser führen." Mit Blick auf die UN-Klimakonferenz im Herbst suchen die Spitzenpolitiker den Schulterschluss. Es gilt, die eigenen Leute und die Öffentlichkeit auf harte Öko-Regeln einzuschwören. Deutschland hat mit seinem eilig nachgebesserten Klimaschutzgesetz am 21. April dieses Jahres den Weg vorgezeichnet. Schon 2045 sollen wir klimaneutral leben und wirtschaften. Das Gesetz sei "wegweisend", lobt sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze selbst. Allerdings lässt das Regelwerk unzählige Fragen offen. Ambitionierte Ziele zu verkünden und spektakuläre Geldsummen zu versprechen ist - nicht nur für Politiker - einfacher als das Klein-Klein der Umsetzung.

500 Milliarden allein für Gebäude

Wie mühsam Klima-Arbeit im Detail ist, zeigt der Blick auf die schlimmsten Treibhausgas-Emittenten. Mit 739 Millionen Tonnen CO₂ belastete Deutschland 2020 die Atmosphäre. Besonders viel machen dabei die Emissionen von **Energiewirtschaft**, Industrie und Verkehr aus. Und der Gebäudesektor riss im vergangenen Jahr sogar die für ihn gelegte Klimalatte. Die CO₂-Abgabe, die seit Anfang des Jahres erhoben wird, wird das Heizen mit Öl und Gas verteuern (siehe Faktenreport). Mieter und Vermieter, so sieht es das Gesetz vor, müssen die Mehrkosten jeweils zur Hälfte übernehmen. Was als salomonische Lösung gedacht war, erweist sich nun als politischer Sprengstoff. Die Mieterverbände kritisieren die Reform als nicht weitreichend genug, sie hätten gerne mehr Kosten an die Vermieter weitergereicht. Und ebenso umgekehrt. Haus & Grund-Präsident Kai Warnecke forderte in der "Bild" den Rücktritt von Horst Seehofer und schob hinterher, der CSU-Politiker sei "der schlechteste Bauminister, den die Bundesrepublik je hatte". Zugleich prophezeite er steigende Mieten, weil Vermieter die finanzielle Belastung kompensieren müssten. Der Konflikt könnte nur ein Vorgeschmack auf Verteilungskonflikte sein, die noch bevorstehen. Millionen Häuser müssen in den nächsten Jahren energetisch saniert werden. Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2045 sämtliche Gebäude im Land klimaneutral zu machen. Die Kosten: fast eine halbe Billion Euro, so das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Der Staat unterstützt Immobilienbesitzer, wenn sie eine umweltfreundliche Heizung einbauen oder Wände dämmen. Von der staatlichen KfW-Bank gibt es bis zu 48 000 Euro Zuschuss. Zudem locken Steuervorteile. Das Problem: Trotz solcher Anreize stagniert die Sanierungsrate im Gebäudebestand seit Jahren bei einem Prozent. Nach Ansicht von Experten müsste sie mindestens verdoppelt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Berlin hat deshalb eine "Sanierungsoffensive" angekündigt. Förderprogramme sollen aufgestockt und vereinfacht werden. Tobias Schindler dürfte das freuen. Der 49-Jährige ist Vertriebsdirektor bei Steico. Das Unternehmen mit Sitz in Feldkirchen bei München stellt ökologische Dämmstoffe aus Holz her. Das Geschäft brummt. Im April meldete der Mittelständler aus Bayern das beste Quartal der Firmengeschichte. Für Schindler ist das ein Beweis dafür, dass die Klimawende nicht nur Geld kostet, sondern auch Werte schafft.



»Erneute Zielverfehlungen können wir uns weder finanziell noch politisch leisten« Svenja Schulze, SPD, Bundesumweltministerin, zu den Treibhausgasemissionen 2019

Aus für 215 000 Autojobs

Deutschlands Verkehr beförderte im vergangenen Jahr satte 166 Millionen Tonnen Treibhausgas in die Atmosphäre. Allein die Schifffahrt belastet die Umwelt weltweit mit 3,15 Prozent der Emissionen. Der Luftverkehr schlägt mit knapp dreieinhalb Prozent zu Buche. Ihn will die Bundesregierung in Trippelschritten in Richtung Klimaneutralität führen. 2030 sollen zwei Prozent des Kerosins aus erneuerbaren Quellen stammen. Viel schneller soll es beim Straßenverkehr gehen. Kein Wunder, dass Hildegard Müller, die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie VDA, eine bekennende Gegnerin des Klimaschutzgesetzes ist. Es bedrohe die Industrie in ihrer Existenz, sagt sie. Doch der politische Einfluss der Branche hat nicht zuletzt seit Dieselgate gelitten. In wenigen Wochen könnte Brüssel Flottengrenzwerte für Pkw vorlegen, die die Autobauer zu einer schnelleren Umstellung auf Elektromobilität zwingen. Richtig schwierig wird die Lage für Zulieferer, die sich auf die Produktion von Zylinderkopfdichtungen, Getrieben oder anderer Teile für den Verbrennungsmotor spezialisiert haben. Bis 2030 seien in der Branche mehr als 215 000 Jobs gefährdet, ließ der VDA noch vor der Verschärfung der Klimaschutzziele errechnen. 147 000 Stellen können wahrscheinlich dadurch abgebaut werden, dass Beschäftigte in den Ruhestand treten und ihr Arbeitsplatz nicht neu besetzt wird. Bleiben über 60 000 Jobs, bei denen es bitter wird und für die die Unternehmen womöglich Abfindungsangebote auflegen müssen. Unbeantwortet bleibt bei dieser Rechnung dann noch die Frage, ob die sauberen Arbeitsplätze der Zukunft genauso viel Wohlstand generieren können wie die gut bezahlten Autojobs der Vergangenheit. Und was wird mit jenen Autofahrern, die sich weiter für den Verbrenner entscheiden? Die neue bundesweite

CO₂- Abgabe schlägt schon jetzt auf den Spritpreis durch. Der Liter Benzin hat sich um sieben Cent verteuert, Diesel um 7,9 Cent. Ottmar Edenhofer vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung plädiert dafür, Geringverdiener, die aufs Auto angewiesen sind, zu entlasten. Auch die Grünen fordern ein "**Energiegeld**", mit dem die CO₂-Abgabe an die Bürger zurückgezahlt wird. So solle Sozial- mit Umweltpolitik kombiniert werden. Klar ist aber, dass die Einnahmen dann an anderer Stelle fehlen werden.



Wände der Klimawende Die energetische Sanierung von Altbauten ist überfällig

Die Kosten der Klimawende

Wie Deutschland mittels Steuern, Abgaben und Förderungen bis 2045 seine **Treibhausgasemissionen auf null** bringen will

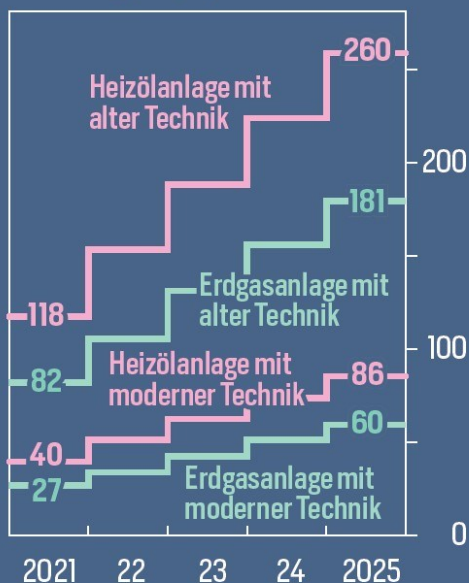
Autofahren wird teurer



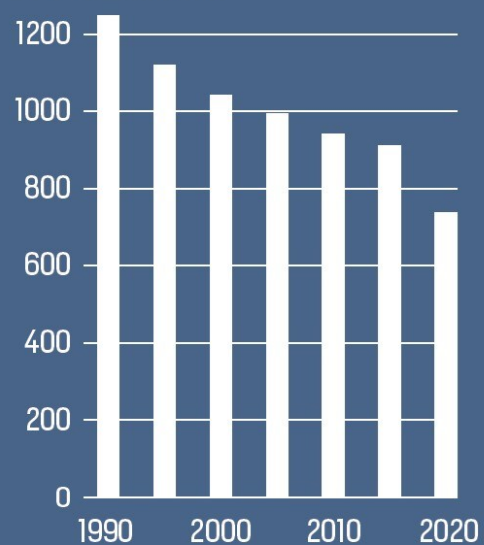
Preisrally bei CO₂-Zertifikaten



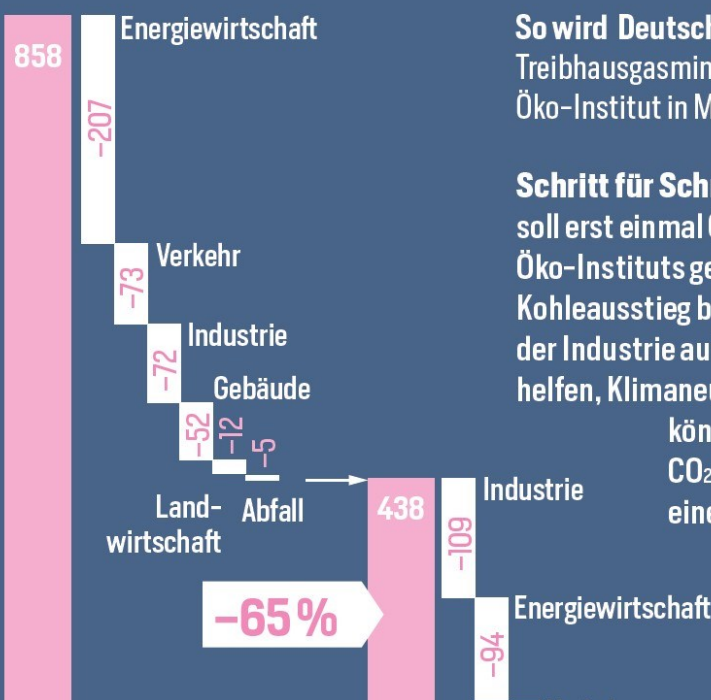
CO₂-Mehrkosten für eine Durchschnittswohnung (71 qm) in Euro/Jahr



CO₂-Emissionsentwicklung in Deutschland in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten



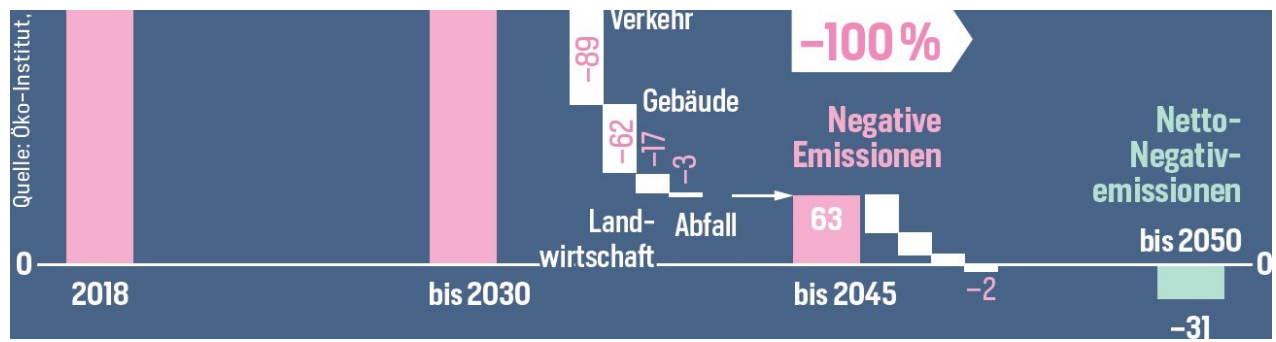
MWV, HuG, Agora Energiewende, Minol, Wallstreet Online



So wird Deutschland klimaneutral bis 2045

Treibhausgasreduzierungen nach Prognosen des Öko-Instituts in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten

Schritt für Schritt Vor allem der Energiesektor soll erst einmal CO₂ einsparen. Im Szenario des Öko-Instituts gelingt dies zunächst durch einen Kohleausstieg bis 2030. Danach soll die Umstellung der Industrie auf Wasserstoff als Energieträger helfen, Klimaneutralität zu erreichen. Anschließend könnten der Einsatz von Biomasse oder CO₂-Abscheidung aus der Luft sogar zu einer negativen CO₂-Bilanz führen.







Ökologie und soziale Gerechtigkeit Der Umweltnom Ottmar Edenhofer will mit Einnahmen aus der CO2-Abgabe Geringverdiener entlasten

Ende August 2020 präsentierte Martina Merz, die Konzernchefin von Thyssenkrupp, in Duisburg das Konzept für den Bau einer Direktreduktionsanlage. An die Stelle von Kohle treten dabei Wasserstoff und **erneuerbare Energien**. Die Stimmung vor Ort war prächtig. Wirtschaftsminister Altmaier und Damals-noch-nicht-Kanzlerkandidat Laschet wirkten begeistert. Er werde alles tun, um umweltfreundlich erzeugten Stahl möglich zu machen, gelobte Altmaier. Die Ideen sind da, die Technik auch. Doch es fehlt das Geld. Die Stahlhersteller schätzen die Kosten für den Umbau ihrer Anlagen auf 30 Milliarden Euro bis 2050. Das war noch vor dem Beschluss über die neuen, verschärften CO₂-Einsparziele. Einfach selbst zahlen, notfalls mit frischem Geld von der Börse? Kaum. Quer durch die Branche stehen rote Zahlen in den Bilanzen. Ohne extrabilligen Strom und Geld vom Staat gehe nichts, teilt die Wirtschaftsvereinigung Stahl mit. Sie fordert etwa sogenannte Differenzverträge, mit denen der Staat den Herstellern die Mehrkosten grüner Produktion abnimmt. Außerdem besteht die Branche auf kostenlosen Zertifikaten im EU-Emissionsrechtehandel. Das System beruht darauf, dass ein Betreiber einer erfassten Anlage für jede Tonne emittiertes CO₂ ein gültiges Zertifikat vorlegen muss. Diese Zertifikate werden den Herstellern zugeteilt und danach frei gehandelt. So soll europaweit sichergestellt werden, dass das Geld für umweltfreundliche Technologien genau dort investiert wird, wo es am meisten gebraucht wird. Lange blieb der Preis für die Zertifikate so niedrig, dass von einer Lenkungswirkung wenig zu spüren war. Mittlerweile legt er aber eine beachtliche Rally hin. Auf rund 2,3 Billionen Euro schätzte der Bundesverband der Industrie (BDI) bereits 2018 den Aufwand seiner Unternehmen, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Dass die Ziele für die Ökowende um fünf Jahre vorgezogen wurden, macht den Umbau noch teurer. Dazu kommen ungelöste technische Fragen. BDI-Experte Carsten Rolle nennt als Beispiel die sogenannten Steamcracker der Chemieindustrie, in denen Ausgangsstoffe wie Öl oder Propan bei hohen Temperaturen umgewandelt werden. Technisch denkbar sei, die Technik auf Strom umzustellen, sagt er - aber eben nur denkbar. "Diese Anlagen gibt es zum Teil noch nicht einmal als Demonstrationsanlagen, geschweige denn von der Stange zu bestellen." Kommt der Öko-Fortschritt qua Regierungsbeschluss in den nächsten fünf Jahren? Wohl kaum.



»Es geht jetzt ums Ganze. Wir brauchen konkrete Maßnahmen« Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, zum Klimaschutzgesetz

Zu wenig Ökostrom

Viele der wohlklingenden Konzepte für die Industrie beruhen ohnehin auf der Annahme, Deutschland habe Ökostrom im Überfluss. Davon kann jedoch keine Rede sein. Zwar baut Deutschland Windräder und Fotovoltaikanlagen - aber viel zu langsam. Der Bundesverband **ErneuerbareEnergie** rechnet für das Jahr 2030 mit einem Bruttostromverbrauch von 745 Terawattstunden. Die jetzige Geschwindigkeit beim Ausbau von Ökostromanlagen vorausgesetzt, fehlten dann wohl rund 193 Terawattstunden installierte Leistung, so die Experten. Schon hofft die Regierung, das Ausland möge uns mit Lieferungen grünen Stroms helfen. Wie viel Geld die komplette Umstellung des Stromsektors auf **Erneuerbare** kostet, haben Prognos-Institut und Boston Consulting Group 2018 ausgerechnet. Sie kamen auf 620 Milliarden Euro. Die Rechnung zahlt zum größten Teil der Stromkunde. Zwar wird die EEGUmlage dieses und nächstes Jahr sinken, weil sie gedeckelt und der Ausbau der Erneuerbaren dann teilweise aus Steuergeldern finanziert wird. Für einen Durchschnittshaushalt bedeutet das laut Verbraucherzentrale eine Ersparnis von neun beziehungsweise 27 Euro im Jahr. Aber so wie die Industrie müssen die **Energieerzeuger** immer teurere CO₂-Zertifikate vorlegen. "Sollte sich der Trend steigender Großhandelspreise bestätigen, werden sich die Strompreise mittel- bis langfristig weiter erhöhen", schätzt Lundquist Neubauer vom Verbraucherportal Verivox.



Fotos: Thorsten Futh/laif, dpa (2)

»Wer Menschen nur bestraft, verliert die Akzeptanz der Klimapolitik« Christian Lindner, FDP-Vorsitzender, warnt vor einer Festlegung auf batterieelektrische Antriebe

Hoffnung fürs Braunkohledorf?

Was für Firmen und für Endverbraucher eine Belastung ist, ist für Stephan Muckel (CDU) tendenziell ein Segen. Er ist der Bürgermeister von Erkelenz am westlichen Rand des Braunkohletagebaus Garzweiler. Im Stadtgebiet liegt das Örtchen Keyenberg - noch. Keine 150 Meter von Keyenberg entfernt frisst sich ein Schaufelradbagger, wie Sie ihn auf den Seiten 46 und 47 sehen, durch die Erde. Hunderte Einwohner wurden bereits umgesiedelt. Im Sommer schließt die Grundschule. Garzweiler II muss laut dem Kohle-Ausstiegsplan der Bundesregierung erst 2038 abgeschaltet werden. Doch schon vorher dürfte die Braunkohleverstromung wegen der teuren CO₂-Zertifikate unrentabel sein, hofft Muckel. Und wer weiß, vielleicht hat Keyenberg dann ja doch noch eine Überlebenschance?

TEXT VON JAN GARVERT, SUSANNE STEPHAN UND MARCEL WOLLSCHIED

Bildunterschrift:

Aus der Erde in die Atmosphäre 40 Millionen Tonnen Kohle darf RWE bis 2038 pro Jahr im Tagebau Garzweiler II abbauen. Pro Tonne entsteht bei der Verstromung eine Tonne CO₂

Klimakiller Die Steamcracker der chemischen Industrie sind weltweit für 300 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr verantwortlich

Unentbehrlich, aber unbeliebt 2020 wurden weniger als 800 Windräder genehmigt. Nötig wären mindestens 2000 pro Jahr
Fotos: Shutterstock, Paul Langrock/laif, Ingo Bartussek, dpa

Wände der Klimawende Die energetische Sanierung von Altbauten ist überfällig

Ökologie und soziale Gerechtigkeit Der Umweltnom Ottmar Edenhofer will mit Einnahmen aus der CO₂-Abgabe Geringverdiener entlasten


Fotos: Thorsten Futh/laif, dpa (2)

| | |
|------------------------|--|
| Quelle: | FOCUS vom 22.05.2021, Nr. 21, Seite 46 |
| Ressort: | KLIMAPOLITIK |
| Rubrik: | Wirtschaft |
| Dokumentnummer: | foc-22052021-article_46-1 |

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU__501d8e057726a051e56d4fba8a88dc6a0d1c4d30

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH